D-NO1 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen

Gremium:	Grüne Jugend Bremen
Beschlussdatum:	10.09.2025
Tagesordnungspunkt:	5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung. Die Hamas beschießt Israel mit Tausenden Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land ein. Ziel sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als 200 Menschen werden von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet. Es handelt sich damit um den schlimmsten Massenmord gegen Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Wir verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt ohne Einschränkungen.

Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die Israel seither Krieg im Gaza-Streifen. Dabei wurden bereits zehntausende Palästinenser*innen getötet, verletzt oder vertrieben. Die humanitäre Lage in Gaza, die schon vor der israelischen Offensive sehr schlecht war, kann heute als humanitäre Katastrophe bezeichnet werden. Regelmäßig wird das sehr kleine und dicht besiedelte Gebiet des Gaza-Streifens, in dem Menschen keinen Schutz finden können, massiv bombardiert, wobei immer wieder auch wichtige Infrastruktur zum Ziel von Angriffen wird. Millionen Menschen befinden sich ohne Schutz auf der Flucht. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten, in diesem Frühjahr blockierte die israelische Regierung fast drei Monate sämtliche Hilfslieferungen nach Gaza, auch die aktuell genehmigten Hilfsgüter reichen nicht ansatzweise aus. Eine Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung mit derartigem Leid überzieht, ist nicht zu rechtfertigen. Anfang Mai verkündete die israelische Regierung, den Gazastreifen dauerhaft besetzten und die palästinensische Bevölkerung vertreiben zu wollen. Mittlerweile hat die israelische Armee eine Offensive eingeleitet, um diese Ziele durchzusetzen. Diese Beispiele zeigen das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels. Auch internationale Gerichte befassen sich mit dem Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza. Der Internationale Gerichtshof ermittelt derzeit wegen des Verdachts auf einen Völkermord gegen Israel. Im Januar 2024 verpflichtete er Israel, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer Hilfe und die Verfolgung öffentlicher Aufstachlungen, um einen Genozid in Gaza zu verhindern, was zeigt, dass der Genozid-Vorwurf zumindest vorläufig als plausibel eingeordnet wird. Der Internationale Strafgerichtshof hat im Herbst 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Netanyahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister erlassen, da diese für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien. Auch viele NGOs, etwa die israelische Organisation B´Tselem, sehen im israelischen Vorgehen einen Völkermord.

Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel ein Recht darauf hat seine Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen. Klar ist aber auch, dass Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht immer handlungsleitend sein müssen und nicht eingeschränkt werden dürfen. Israel verstößt in Gaza immer wieder gegen diese Grundsätze.

Die Hamas verstößt regelmäßig gegen das Völkerrecht, mit Massakern an israelischen Menschen, und auch, wenn sie Zivilist*innen im Gaza-Streifen als

Schutzschilde missbraucht und deren Tod einkalkuliert. Das ist unbestritten und klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass Israel ebenfalls Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch gewählten israelischen Regierung erwarten wir umso mehr, dass sie das Völker- und Menschenrecht verteidigt und eine verantwortungsvolle Rolle bei der Erreichung von Frieden in der Region einnimmt.

Ziel muss es jetzt sein, einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen und einen Prozess zu einem langfristigen und gerechten Frieden einzuleiten. Das meint eine Lösung des Konflikts, die Sicherheit für alle Menschen in der Region sowie Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina ermöglicht.

Eine Waffenruhe ist ein erster wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Es braucht langfristige, gerechte Lösungen. Ein gerechter Frieden setzt voraus, dass die Lebensrealitäten der palästinensischen Bevölkerung endlich anerkannt und verbessert werden: Die Besatzung, die fortschreitende Enteignung durch den Siedlungsbau, die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die alltägliche militärische Kontrolle sowie der Entzug grundlegender Rechte. Denn Unterdrückung und Brüche des Völkerrechts sind keine neue Erscheinung nach dem 7. Oktober 2023, sondern Ausdruck eines strukturellen Unrechts, das seit Jahrzehnten andauert. Ebenso muss die Sicherheit der israelischen Bevölkerung gewährleistet sein – jedoch nicht durch militärische Unterdrückung, sondern durch eine politische Lösung, die Sicherheit auf Grundlage von Gerechtigkeit schafft. Der Krieg in Gaza, der offiziell der Zerschlagung der Hamas dienen soll, hat dieses Ziel bislang nicht erreicht und stattdessen zehntausenden Zivilistinnen das Leben gekostet und die Sicherheitslage für alle – Israelis wie Palästinenser*innen – massiv verschlechtert.

Ein zentraler Bestandteil eines gerechten Friedens ist der Einbezug der Zivilgesellschaften beider Seiten. Solidarität und gemeinsame Visionen für ein Leben in Würde und Freiheit können politische Prozesse ergänzen und langfristig stabilisieren. Friedliche Verhandlungen müssen unter internationaler Vermittlung geführt werden und dürfen nicht von geopolitischen Interessen dominiert werden.

Ein gerechter Frieden kann nur durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die auf dem Völkerrecht, der Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der Region und dem Ende der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung eines souveränen palästinensischen Staates. Viele Staaten erkennen Palästina bereits an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schritt geht.

Aktiver Einsatz für Frieden in Israel und Palästina aus Deutschland

Die Worte und Handlungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von verbündeten Staaten haben einen Einfluss auf das Vorgehen der israelischen Regierung. Entsprechend sehen wir die deutsche Bundesregierung in der Pflicht, all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand herbeizuführen. Dieser muss die Freilassung der Geiseln, ausreichend humanitäre Hilfe und den Rückzug der Israelischen Armee aus Gaza beinhalten.

Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller Beteiligten klar zu benennen und zu verurteilen. Neben klaren Worten braucht es zudem Taten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur

Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte auf. Dies ist Voraussetzung für eine glaubhafte Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.

Außerdem braucht es personenbezogene Sanktionen gegen alle israelischen Regierungsmitglieder und Militärs, die die Blockade von Hilfslieferungen und/oder Vertreibungspläne der Zivilbevölkerung unterstützen (z.B. gegen die Minister Ben-Gvir und Smotrich), menschenfeindliche Politik und Rhetorik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung dürfen nicht geduldet werden. Wir befürworten den Vorschlag der EU-Kommission, das EU-Assoziierungsabkommen mit Israel für den wirtschaftlichen Bereich auszusetzen. Die deutsche Bundesregierung sollte sich diesem Vorschlag anschließen.

Außerdem ist es für uns essenziell, dass Menschenrechtsverletzungen nicht durch deutsche Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen. Seit Israel Krieg in Gaza führt, ist die Lage immer weiter eskaliert und trotz internationaler Appelle wurden immer wieder Völkerrecht und Menschenrechte missachtet. Spätestens in den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass immer mehr Waffen für Israel nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu einer weiteren Eskalation. Es ist höchste Zeit tatsächliche Lösungsansätze für den Konflikt anstelle von Waffenlieferungen in den Fokus zu stellen. Daher begrüßen wir die Entscheidung der Bundesregierung, vorerst keine Rüstungsgüter mehr an Israel zu liefern, die in Gaza eingesetzt werden können. Dieser Schritt war lange überfällig. Als Grüne Partei müssen wir uns kritisch mit dem Vorgehen Grüner Verantwortungsträger*innen in der letzten Bundesregierung auseinandersetzten.

Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für die Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese finanzielle Unterstützung ist sehr wichtig und muss dauerhaft und planbar aufrechterhalten bleiben. Deutschland muss die Humanitäre Hilfe in Gaza nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch politischen Druck ausüben und logistisch unterstützen.

Aktivismus für den Frieden unterstützen

Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt, ist ein elementarer Bestandteil für einen Friedensprozess in der Region und eine langfristige Lösung des Konflikts. Es wäre falsch, die israelische und palästinensische Bevölkerung mit ihren Regierungen gleichzusetzen und Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu ignorieren. Die Hamas handelt nicht nach den Bedürfnissen der palästinensischen Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen in dieser. So protestierten etwa im März diesen Jahres Hunderte Palästinenser*innen in Gaza gegen den Krieg und gegen die Hamas, trotz drohender Gewalt und Repression. In Israel gibt es zahlreiche Proteste aus der Zivilgesellschaft gegen die rechte Regierung und auch gegen deren völkerrechtswidrige Handlungen. Mehrere Tausend Israelis gehen regelmäßig auf die Straße, um gegen das Regierungshandeln zu demonstrieren, insbesondere weil der andauernde Krieg in Gaza den israelischen Geiseln und ihren Angehörigen nicht hilft.

Verschiedenen israelische sowie palästinensische Aktivist*innen und Gruppierungen setzten sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden in der Region, für die Wahrung der Menschenrechte, für Meinungspluralismus, für Rechte und politische Teilhabe verschiedener Gruppen ein. Wir sprechen allen Personen, die diese sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen leisten, unsere Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden in Israel und Palästina nach unseren Möglichkeiten. Dazu gehört auch, dass Deutschland

derartige Organisationen durch Finanzierung unterstützt. Gerade in der aktuellen Situation ist es fatal, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen dadurch geschwächt werden, dass ihnen aus intransparenten Gründen Fördermittel gestrichen werden.

Antisemitismus & antimuslimischen Rassismus bekämpfen

Der Krieg in Gaza hat Folgen auch über die Region hinaus. Auch die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die Ereignisse beeinflusst. Die Anzahl antisemitischer Straftaten in Deutschland hat bereits in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit dem Anschlag vom 07.Oktober ist zudem ein besonderer Anstieg zu verzeichnen. Außerdem steigt nicht nur die Quantität der antisemitischen Straftaten, sondern auch schwere Angriffe, wie etwa Körperverletzungen, nehmen zu. Auch im Rahmen Pro-Palästinensischer Demonstrationen kommt es zu Vorfällen, bei denen antisemitische Parolen verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas gefeiert werden. Hinzu kommt der generelle Rechtsruck in Deutschland, der ebenfalls zu einer Zunahme an Antisemitismus führt. Auf der anderen Seite hat sich seit dem 7.Oktober die negative Stimmung gegen migrantisierte Menschen aus arabischen Ländern in Deutschland verstärkt. Der Konflikt und Pro-Palästinensische Demonstrationen in Deutschland werden von einigen Politiker*innen zum Anlass genommen, mehr Abschiebungen und Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern und Meinungsäußerungen zu delegitimieren. Es ist inakzeptabel alle Teilnehmer*innen von pro-palästinensischen Demonstrationen und Aktivist*innen in diesem Themenbereich pauschal als antisemitisch zu verurteilen, und erst recht alle muslimischen Menschen. Derartigen Narrativen müssen wir uns klar entgegenstellen. Zudem braucht es eine höhere Aufmerksamkeit für und kritische Einordnung von für unverhältnismäßige Einschränkungen und Polizeigewalt im Rahmen von Demonstrationen. Wir stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und gegen (anti-muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es, gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte, sein, dass sich alle Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher fühlen können. Unser Anspruch muss es aber auch sein, dass alle Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale Verurteilungen und Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel, wenn Antisemitismus mit Rassismus bekämpft wird. Stattdessen müssen wir in Deutschland wieder zu einem offenen und ausgewogenen Diskurs kommen, in dem klar zwischen der israelischen Regierung und der jüdischen Bevölkerung unterschieden wird, sowie auch zwischen der Hamas und der palästinensischen Bevölkerung. Konkret helfen können dabei Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu Antisemitismus, (Anti-)Zionismus und anti-muslimischen Rassismus, Sicherheitsprogramme für jüdisches Leben, Rassismus-Prävention, und die Überarbeitung einschlägiger Resolutionen. Es braucht eine klare Trennlinie zwischen strafbarer Hetze und legitimer, völkerrechtsgestützter Kritik. Die IHRA-Definition von Antisemitismus ist eine nicht-rechtsverbindliche Arbeitsdefinition, die nicht als juristische Grundlage für Sanktionen geeignet ist.

Deshalb fordern wir:

Von der deutschen Bundesregierung:

- Den aktiven Einsatz für einen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie für einen langfristigen Friedensprozess
- Die Anerkennung und Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte

Von der Bremer Landesregierung:

- Bildungs- und Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus
- die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel in Bremen

Von der Grünen Partei:

- Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln in der Bundesregierung im Kontext Israel und Palästina

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter der Gewalt leiden – unabhängig von Nationalität, Religion oder Herkunft. Wir setzen uns für eine Welt ein, in der Gerechtigkeit, Völkerrecht und Menschlichkeit im Zentrum politischen Handelns stehen.

Unterstützer*innen

Vittoria Helzer (KV Bremen Links der Weser (LdW); Martin Prinzler (KV Bremerhaven)

D-NO2 Israel im Nahen Osten

Antragsteller*in:	Hermann Kuhn (KV MöV)
Tagesordnungspunkt:	5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung erklärt:

Wir
– sehen mit großer Sorge und Anteilnahme den fortdauernden Krieg, das fortdauernde Leid in Gaza. Immer noch sind Geiseln in den Tunneln der Hamas gefangen, die Hamas kämpft weiter, sie setzt dafür das Leben der eigenen Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel. Die humanitäre Lage in Gaza ist durch die Fortführung des Krieges durch Israel dramatisch.

– erinnern daran: Der Ursprung, der Grund dieses Krieges war das Massaker der Hamas und anderer Terrororganisationen am 7. Oktober, der Überfall mit Mord, Raub, Folter, Vergewaltigung und Entführung. Erklärtes Ziel dieser Kriegserklärung war es, ein Fanal zu senden an die Judenhasser in aller Welt, den jüdischen Staat zu vernichten.

– weisen darauf hin: In der folgenden notwendigen Antwort Israels hat die Hamas bewusst die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde benutzt, geschützte Orte wie Krankenhäuser und Schulen militärisch missbraucht, ihren eigenen Menschen Schutz verwehrt, die zivilen Opfer bewusst in Kauf genommen. Die Forderung, den Krieg zu beenden, richtet sich zu allererst an die Hamas.

– unterstützen die Forderung der Angehörigen der Geiseln und der großen Unterstützer-Demonstrationen in Israel: Die Hamas muss alle Geiseln frei lassen, die noch in ihrer Hand sind. Im Gegenzug muss die israelische Regierung einem Waffenstillstand zustimmen.

– erwarten von der israelischen Regierung und den internationalen Hilfsorganisationen, gemeinsam zuverlässig für die Grundversorgung der Bevölkerung in Gaza zu sorgen – in einer Form, die sicherstellt, dass die Hilfsgüter auch bei den Menschen ankommt und nicht bei der Hamas. Aushungern darf nie ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein.

– verlangen einen besseren Zugang für unabhängige Berichterstattung über die Ereignisse in Gaza.

– fordern die Bundesregierung auf, sich im Sinne der Erklärung der europäisch-arabischen Konferenz in New York (29. Juli 2025) diplomatisch zu engagieren. Dort wurde das Ziel formuliert, die Herrschaft der Hamas endgültig zu beenden und eine europäisch-arabisch getragene Übergangsverwaltung in Gaza vorzubereiten, unter Beteiligung der Palästinensischen Autonomiebehörde.

– unterstützen die Haltung der Bundesregierung, der von einigen Staaten angekündigten „Anerkennung“ eines „Staates Palästina“ nicht zu folgen. Eine solche rein symbolische „Anerkennung“ eines nicht existierenden „Staates“ stärkt gegenwärtig allein die Position der Hamas, die die Ankündigungen bereits als "Frucht des 7. Oktober" feiert.

– halten dagegen daran fest, dass ein palästinensischer Staat nur am Ende von Verhandlungen in der Region entstehen kann – die wieder beginnen müssen, ohne

die Hamas. Wir treten für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser ein, selbst über ihr gesellschaftliches Leben in einem eigenen Staat zu bestimmen. Die Sicherheit Israels muss dabei gewährleistet sein, seine Existenz darf von niemandem mehr in Frage gestellt werden.

– kritisieren deshalb die Beschlüsse der israelischen Regierung, weitere Siedlungen im Westjordanland zu planen, als falsch und gefährlich. Wir lehnen jede – völkerrechtswidrige – Annexion durch Israel ab.

– sind solidarisch mit den starken Kräften in der israelischen Gesellschaft, die für die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 eintreten: Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Ausgleich und Koexistenz.

– widersprechen allen Überlegungen, Vereinbarungen der EU mit Israel auszusetzen oder einzuschränken; dadurch würden gerade auch die Verbindungen zu dieser israelischen Zivilgesellschaft getroffen.

– weisen darauf hin, dass Israel sich gegen die vom Iran gesteuerte und finanzierte „Achse des Widerstandes" verteidigen musste und muss, gegen Angriffe der Hisbollah, der Huthi und des Iran. Ohne Beendigung dieser Bedrohungen wird es keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben.

– fordern die Bundesregierung auf, die Regierung des Libanon bei der Stabilisierung des Landes, der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und bei der vereinbarten Entwaffnung der Hisbollah zu unterstützen; im Gegenzug muss Israel die Vorposten auf libanesischem Gebiet räumen.

– begrüßen die Auslösung des Snapback-Mechanismus (Sanktionen) im Rahmen des Atomabkommen mit dem Iran durch die drei europäischen Staaten, da der Iran mit der hohen und unkontrollierten Anreichung von Uran das Abkommen erkennbar verletzt hat. Es darf kein neues Abkommen mit dem Iran geben ohne klare und überprüfbare Verpflichtung des Regimes, den Bau der Bombe zu beenden. Außerdem muss der Iran auf die aggressive Aufrüstung von Proxis in der Region verzichten. Solange müssen die Sanktionen verschärft werden.

– fordern die Bundesregierung auf, weiter energisch für die Listung der Iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation bei die EU einzutreten; jede Tätigkeit ihrer Ableger in Deutschland muss unterbunden werden, die hier lebenden Iranerinnen und Iraner und ihre Organisationen müssen geschützt werden.

– sind bestürzt, dass auch in Deutschland nach dem Massaker der Hamas der Judenhass in Worten und Taten stark angestiegen ist, die Terrororganisation als „Befreiungskraft" gefeiert wird und deutsche Jüdinnen und Juden als verantwortlich für israelische Politik angegriffen werden. Aufklärende Diskussionen vor allem in den Bildungseinrichtungen müssen deshalb verstärkt werden, Hasspropaganda unterbunden werden.

– verurteilen Boykottaufrufe und Boykottaktionen gegen Künstlerinnen und Künstler, Sportlerinnen und Sportler, nur weil sie Jüdinnen und Juden sind.

Unterstützer*innen

Robert Bücking (KV MÖV); Joachim Larisch (KV MÖV); David Lukaßen (KV Bremerhaven); Thomas Pörschke (KV Nord); Maya Trapp (KV MÖV); Stefan Trapp (KV MÖV); Helga Trüpel, (KV MÖV)